

Martin-Luther-Universität
Halle-Wittenberg

Hallische Beiträge zur Zeitgeschichte

Heft 7

- Halle 2000 -

Impressum: Die Hallischen Beiträge zur Zeitgeschichte erscheinen in loser Folge.
Herausgeber: Prof. Dr. Hermann-Josef Rupieper
Redaktion: Jana Wüstenhagen (v. i. S. d. P.); Inga Grebe
ISSN: 1433-7886

Druck: Druckerei der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
Kröllwitzer Straße 44, 06120 Halle (Saale)

Inhalt

Frank Hirschinger

Die „Volkskongreßbewegung für Einheit und gerechten Frieden“ in den Jahren 1947-1949, dargestellt unter besonderer Berücksichtigung der Tätigkeit des SED-Landesverbandes Sachsen-Anhalt..... 5

Robert Grünbaum

Trügerischer Schein. Anmerkungen zum „Ende der Buchzensur“ in der DDR im Jahr 1988..... 45

Inga Grebe

Grußadressen, Kleiderspenden, Kadenschulung: Zur Solidarität der SED mit der Kommunistischen Partei Spaniens..... 57

Matthias Uhl

„Betrifft: Rückgabe der Spar- und Kantinengelder der ehemaligen politischen Häftlinge der Mittelwerke“ – Der Kreisvorstand der SED Nordhausen und die versuchte Herausgabe von Häftlingsgeldern..... 84

„Betrifft: Rückgabe der Spar- und Kantinengelder der ehemaligen politischen Häftlinge der Mittelwerke“ – Der Kreisvorstand der SED Nordhausen und die versuchte Herausgabe von Häftlingsgeldern; Dokumente

Von Matthias Uhl

Die ideologische Fixierung der SED auf ihre kommunistische Traditionslinie verengte in der Partei den Blick auf das eigentlich breite Spektrum des Widerstandes gegen das nationalsozialistische Regime. Die Kampfformel vom Antifaschismus war nichts als ein propagandistischer Kunstgriff um Christen, bürgerliche Demokraten und sogar Sozialdemokraten unter Druck zu setzen und letztlich auszugrenzen.¹

Jeffrey Herf zeigte mit seinen Forschungen auf, daß die Erinnerung in Ostdeutschland an die „heroische Kommunisten“ weniger mit Aufarbeitung der NS-Vergangenheit als mit Propaganda im Kalten Krieg zu tun hatte. Nicht der Mord an einfachen Menschen, die im Konzentrationslager um das Überleben gekämpft hatten, standen im Mittelpunkt der ostdeutschen Erinnerungskultur, sondern die vergangenen Taten der Kommunisten, deren erlösendes Martyrium zum Sieg über den Nationalsozialismus beigetragen hatte.² Damit wurde das Gedenken an die kommunistischen Märtyrer integraler Bestandteil ostdeutscher Politik. Gleichzeitig ignorierte die sozialistische Öffentlichkeit ehemalige Opfergruppen wie Juden, Sozialdemokraten, Asoziale und Homosexuelle, da deren Tod nicht für politische Zwecke instrumentalisiert werden konnte.³

Die Fragwürdigkeit dieser Erinnerungspolitik führte Lutz Niethammer mehr als nur deutlich vor Augen, als er die Geschichte der „roten Kapos“ in Buchenwald schrieb. Niethammer machte auch deutlich, daß kommunistische Politik in Buchenwald zwar als antifaschistischer Widerstand apostrophiert war, aber letztlich hohe Opfer unter den anderen Häftlingsgruppen billigend in Kauf nahm.⁴ Die Verfahren gegen die ehemaligen kommunistischen Kapos aus dem Konzentrationslager Buchenwald und späteren Parteifunktionäre Ernst Busse, Walter Bartel und Robert Siewert zeigten, daß das von der SED initiierte Bild der „jederzeit

¹ Antonia Grunenberg: Antifaschismus - ein deutscher Mythos, Hamburg 1993.

² Vgl. Jeffrey Herf: Zweierlei Erinnerung: die NS-Vergangenheit im geteilten Deutschland, Berlin 1998, S. 196ff.

³ Vgl. ebd., S. 215.

⁴ Der „gesäuberte“ Antifaschismus: die SED und die roten Kapos von Buchenwald; Dokumente, hg. v.: Lutz Niethammer. Unter Mitarbeit von Karin Hartewig, Berlin 1994 sowie Eugen Kogon: Der SS-Staat. Das System der deutschen Konzentrationslager, 5. Aufl., München 1993, S. 330-334.

aufrechten und moralisch einwandfreien kommunistischen Widerstandskämpfer“ in das Reich der Legenden gehört.⁵

Auch im KZ Mittelbau-Dora waren die deutschen Kommunisten nur in der Minderheit. Dennoch gelang es ihnen, bestimmte Schlüsselpositionen in der Selbstverwaltung des Lagers zu besetzen. Hierzu zählten vor allem die Schreibstube und die Arbeitsstatistik.⁶ In dieser Funktion wendeten sie auch in Mittelbau-Dora als kollektive Überlebensstrategie den „Opfertausch“ an.⁷ Das heißt, sie betrieben einen Klientenschutz, der darauf abzielte, Angehörige der eigenen Gruppe das Überleben unter den KZ-Bedingungen zu sichern. Dies konnte nur auf Kosten anderer Häftlingsgruppen geschehen. Deren Angehörige setzten die Funktionshäftlinge der Arbeitsverwaltung in Kommandos ein, die nur schlechte Überlebenschancen boten.

Dazu gehörten in Mittelbau-Dora vor allem die Baukommandos.⁸ Sie galten unter den Häftlingen als ausgesprochene Vernichtungskommandos. Hier schufteten vor allem Homosexuelle, Sinti und Roma sowie Franzosen.⁹ Allein von den dort arbeitenden Homosexuellen, die zum großen Teil aus Buchenwald nach Dora abgeschoben worden waren, starb innerhalb von zwei Monaten nahezu ein Viertel, während weitere 25% in dieser Zeit arbeitsunfähig wurden. Sie schob man mit Liquidierungstransporten nach Maidanek und Bergen-Belsen ab.¹⁰

Insgesamt scheint unbestreitbar, daß der vom infamen Prinzip der „Lagerselbstverwaltung“ provozierte, auch von anderen Häftlingsgruppen praktizierte, „Opfertausch“ dazu beitrug, die Gesellschaft der KZ-Insassen weiter zu polarisieren. Neben einer kleinen Gruppe Privilegierter, zu der auch die deutschen Kommunisten zu zählen sind, vegetierte die Masse der Häftlinge unter unvorstellbaren Lebensbedingungen und war ständig vom Tod bedroht. Demgegenüber konnten die Funktionshäftlinge ein Leben führen, daß sich zuweilen kaum noch von dem der zivilen Deutschen unterschied.¹¹

Erst als im November 1944 mehrere deutsche Kommunisten im Zuge einer Gestapoaktion zusammen mit ca. 200 weiteren Häftlingen verhaftet

⁵ Siehe hierzu auch: Manfred Overesch: Buchenwald und die DDR oder Die Suche nach Selbstlegitimation, Göttingen 1995.

⁶ Vgl. Olaf Mußmann: „Bunte Lagerprominenz“? Die Funktionshäftlinge im Rüstungs-KZ Mittelbau-Dora, in: Norddeutsche Beiträge, 1998, Heft 4, S. 88.

⁷ Zum Begriff des „Opfertauschs“ siehe: Niethammer, Der gesäuberte Antifaschismus, S. 51-55.

⁸ Vgl. Rainer Eisfeld: Die unmenschliche Fabrik: V-2 Produktion und das KZ „Mittelbau-Dora“, Erfurt 1993, S. 32.

⁹ Vgl. Mußmann, Lagerprominenz, S. 90.

¹⁰ Vgl. Dokumentationsstelle und Archiv der KZ-Gedenkstätte Mittelbau-Dora (DMD), Datenbank „Homosexuelle“.

¹¹ Vgl. Mußmann, Lagerprominenz, S. 93.

und später ermordet wurden, konnte die KPD auch auf „Märtyrer“ in Mittelbau-Dora verweisen.¹² Sie sollten später in der DDR als Nachweis für einen aktiven antifaschistischen Widerstand der deutschen Kommunisten in Mittelbau-Dora herhalten.¹³

Mitte 1946 waren für die ehemaligen KPD-Genossen der Stadt Nordhausen, in deren unmittelbarer Nähe sich das Konzentrationslager befunden hatte, jedoch nicht Gedenken an die mehr als 20.000 Opfer des nationalsozialistischen Terrors, die hier ihr Leben gelassen hatten, wichtig, sondern das Bemühen, an von der Sowjetischen Militäradministration (SMA) eingefrorene Häftlingskonten heranzukommen. Während sich die SED offiziell zum alleinigen Sachwalter des deutschen Antifaschismus erklärte, riefen bei den Genossen in Nordhausen „nachrichtenlose Konten“ finanzielle Begehrlichkeiten hervor. Bereits Ende Oktober 1945 hatte die SMAD per Befehl Nr. 124/126 „alles Eigentum des deutschen Staates, der NSDAP und ihrer Organisationen, der Verbündeten des Nazireiches und darüber hinaus all jener Personen, die von der SMAD durch besondere Listen oder auf eine andere Weise bezeichnet werden“ beschlagnahmt¹⁴. Zu diesem Eigentum gehörten auch die ehemaligen Konzentrationslager in der SBZ, das dort befindliche Hab und Gut sowie deren Konten bei deutschen Banken und Sparkassen.

Für Mittelbau-Dora betraf dies die ehemaligen Werksanlagen der Nord- und Mittelwerk GmbH in denen die Häftlinge Zwangsarbeit hatten verrichten müssen sowie die Wirtschaftliche Forschungsgesellschaft (Wifo). Das Konzentrationslager selbst war, da es Truppen der Roten Armee besetzt hielten, per Befehl des Stadt- und Kreiskommandanten von der Beschlagnahme ausgenommen.¹⁵

Auch die ehemaligen Konten von Mittelbau-Dora fielen unter den Befehl Nr. 124/126. Deshalb beschlagnahmte der sowjetische Militärkommandant neben weiteren Geldern auch 3.299.291,02 Reichsmark

¹²Vgl. Manfred Bornemann: Aktiver und passiver Widerstand im KZ Dora und im Mittelwerk, Berlin, Bonn 1994, S. 31-33.

¹³Eine Reihe von in der DDR erschienenen Schriften überhöhten die lockeren Informationsverbindungen zwischen einzelnen nationalen Häftlingszellen zu einer straff geführten Widerstandsorganisation bzw. versuchten gar ein Internationales Lagerkomitee nachzuweisen. Siehe hierzu z.B.: Kurt Pelny; Manfred Weißhaupt: Geheimwaffen im Kohnstein, hg. v.: Rat der Stadt Nordhausen, Nordhausen 1964; Julius Marder: Geheimnis von Huntsville – Die wahre Karriere des Raketenbarons Wernher von Braun, Berlin (Ost) 1963.

¹⁴Zit. nach: Hartwig Bögeholz: Die Deutschen nach dem Krieg. Eine Chronik - Befreit, geteilt, vereint: Deutschland 1945 bis 1995, Hamburg 1995, S. 40.

¹⁵ Vgl. Landkreis Nordhausen - Verzeichnis der dem Sequester oder zeitweiliger Verwaltung auf Grund des Gesetzes Nr. 124 vom 30. Oktober 1945 unterliegenden Vermögen, o. D., Thüringisches Staatsarchiv Gotha, Kreisrat des Landtages Nordhausen, Nr. 4, Bl. 24.

die als Spareinlagen aus Häftlingsgeldern verbucht waren.¹⁶ Dieses Geld lagerte als Barreserve in der Kreissparkasse Nordhausen. Einen Teil dieses Geldes sahen die örtlichen Parteifunktionäre offenbar als willkommene Aufbesserung der eigenen Parteikasse an.

Kurzerhand erklärten die Genossen 600.000,- RM aus der Gesamtsumme zu Spar- und Wirtschaftsgeldern von politischen Häftlingen. Gleichzeitig behaupteten sie wahrheitswidrig, die in ihre Heimat zurückgekehrten Häftlinge hätten beschlossen, dieses Geld der früheren KPD Nordhausen zur Verfügung zu stellen. Was den Genossen zum Geldsegen noch fehlte, war eine Befürwortung des Zentralausschusses der SED.

Hier wollte anscheinend zunächst niemand Verantwortung in dieser Frage übernehmen. Schließlich landete die Angelegenheit auf dem Schreibtisch von SED-Chef Ulbricht. Dieser wies an, lediglich zu prüfen, ob das aus Nordhausen vorgeschlagene Verfahren überhaupt möglich sei. Daß die Gelder aller politischen Häftlinge aus Dora-Mittelbau ausschließlich der SED zustanden, lag für den Parteichef offenbar außer Zweifel.

Deshalb machte die Abteilung Wirtschaft im Zentralsekretariat auch ausschließlich rechtliche Bedenken geltend und sah sich damit offenbar außerstande, den Nordhäuser Vorschlag zu unterstützen. Ob die Genossen in Nordhausen auch ohne Beistand der Parteizentrale in den Besitz des von ihnen verlangten Geldes gekommen sind, ist leider zur Zeit nicht nachprüfbar. Dennoch zeigt der Briefwechsel aus dem Parteivorstand der SED, Abteilung Wirtschaftspolitik, der sich heute im Archiv Stiftung Parteien und Massenorganisationen der ehemaligen DDR im Bundesarchiv (SAPMO BArch) befindet, daß sich die Partei bereits 1946 als alleiniger Sachverwalter des antifaschistischen Widerstands in der SBZ fühlte und daß einigen Genossen das Geld ehemaliger KZ-Häftlinge mehr am Herzen lag, als das Gedenken an die Opfer der nationalsozialistischen Herrschaft.

¹⁶ Hierbei handelt es sich offenbar um nicht ausgezahlte Prämien der Mittelwerk GmbH für hohe Arbeitsleistungen von Häftlingen. Einen geringen Teil dieser Gelder zahlte man in Lagergeld an einzelne Häftlinge aus, die hierfür in der Lagerkantine Rauchwaren und Zusatzverpflegung erwerben konnten. Da die hierfür aufgewendeten Summen wegen Warenknappheit offenbar nur sehr gering waren, landete ein Großteil dieser Gelder auf dem erwähnten Sperrkonto.

Dokumente:

I.

Sozialistische Einheitspartei Deutschlands Kreisvorstand Nordhausen

Nordhausen, den 8. Mai 1946
Grimmelallee 36/Telefon 800/801

An den
Chef der Finanzverwaltung
der S.M.A. in Deutschland
M A L E T I N¹⁷

Berlin - Karlshorst.

Betrifft: Rückgabe der Spar- und Kantinengelder der ehemaligen politischen Häftlinge der Mittelwerke, Niedersachswerfen

In den Rüstungswerken zur Herstellung von V I und V II „Mittelwerk und Mittelbau“ Niedersachswerfen bei Nordhausen, waren grosse Einheiten politischer Häftlinge beschäftigt.

Die Arbeitslöhne konnten sie nur im Lager selbst für die notwendigsten und erlaubten kleinen Bedarfsartikel ausgeben. Infolgedessen sammelten sich grosse Geldbeträge an.

Ein Teil dieser Häftlingsgelder wurde bei der Verwaltung des Werkes als Spareinlagen zurückbehalten und verbucht. Aus den übrigen Geldern organisierten die Häftlinge zur Verbesserung ihrer mangelhaften Verpflegung und unzureichenden Versorgung mit kleinen Bedarfsgütern einen grossen Küchen- und Kantinenbetrieb. Auch hier konnten grosse Summen nicht in Lebensmittel umgesetzt werden und blieben als Kontenbeträge bestehen. Im Zuge der Konfiszierung der Gelder der Rüstungsbetriebe auf Grund der Befehle 124/126 wurden mit den Konten der Mittelwerke auch Lohngehälter in Höhe von

RM 3. 229.291.02

die als Barreserve bei der Kreissparkasse Nordhausen lagerten, durch die Militär- Kommandantur beschlagnahmt. In diesem Betrage waren auch die

¹⁷Maletin, Pavel Andreevič - vor 1945 Stellv. Volkskommissar für Finanzen der UdSSR, seit 6. Juni 1945 Chef der Finanzabteilung der SMAD. Von 1946 bis 1948 Leiter der Finanzverwaltung der SMAD, zeitgleich Chef der sowjetischen Vertretung im Finanzdirektorat des Alliierten Kontrollrates. Nach seiner Rückkehr in die UdSSR Vorsitzender des Staatskomitees für wirtschaftliche Außenbeziehungen.

Spar- und Wirtschaftsgelder der politischen Häftlinge enthalten in Höhe von RM 600.000,-

Die zum grossen Teil hier ansässigen und die in ihre Heimat zurückgekehrten Häftlinge haben beschlossen, falls eine Freigabe und Rückzahlung ihrer Gelder erfolgt, sie der Kreisleitung, der früheren K.P.D. Nordhausen, zur Verfügung zu stellen.

Indem die von dem Finanzbeauftragten der Erfurter Bezirkskommandantur Gen. P o p o f¹⁸ geforderte Befürwortung des Zentralausschusses Berlin beigefügt wird, wiederholt die Kreisleitung der ehemaligen K.P.D. die seit einem halben Jahr gestellte Bitte um Freigabe und Rückerstattung der Gelder der politischen Häftlinge.

Kreisvorstand der S.E.D.
(Schwager K.)

II.

**Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
Kreisvorstand Nordhausen**

Nordhausen, den 10. Mai 1946
Grimmelallee 36/Telefon 800/801

Genossen

Ottomar G e s c h k e¹⁹

Zentralausschuss der Sozialistischen Einheitspartei
Deutschlands

B e r l i n

Werter Genosse Geschke!

¹⁸Müßte richtig heißen: Popov.

¹⁹ Geschke, Ottomar - geboren am 16. November 1882. 1917 Eintritt in die USPD, 1919 Wechsel zur KPD, von 1921-24 Mitglied des preußischen Landtages; 1923-1933 leitende Funktionen im ZK der KPD; 1924-1932 Mitglied des Reichstages. 1933 verhaftet und danach bis 1945 in verschiedenen Zuchthäusern und Konzentrationslagern inhaftiert. 1945-1947 Vorsitzender der Bezirksleitung Groß-Berlin der KPD, von 1947-1953 Vorsitzender der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN), ab 1953 Mitglied des Komitees der Antifaschistischen Widerstandskämpfer der DDR und des Rats der gesamtdeutschen VVN. Gestorben am 17. Mai 1957.

Wir übermitteln Dir hiermit 1 Schreiben an den Chef der Finanzverwaltung der S.M.A., wegen Freigabe von RM 600.000.- für den Kreisvorstand der SED Nordhausen.

Da in den Besprechungen mit dem beauftragten Offizier Befürwortung durch den Zentralausschuss gewünscht wurde, bitten wir Dich, uns diese möglichst bald zukommen zu lassen.

Wir wären für umgehende Erledigung sehr dankbar.

Mit sozialistischem Gruss!
SED-Kreisvorstand Nordhausen
Organisationsleitung
(*Schwager*)

1 Anlage
mit Antwort zurückerbeten

III.

(24. Juni 1946)

Ottomar Geschke

Berlin C 2, den 18. Juni 1946
Parochialstr. 1-3
I A re/o
(*Ulbricht*)

An den
Zentralausschuss der SED
B e r l i n N
Prenzlauer Allee 249

Werte Genossen!

Infolge falscher Adressierung ging das beigefügte Schreiben des Kreisvorstandes Nordhausen der SED vom 10. Mai ds. Js. erst jetzt bei mir ein. Da es sich in dem Schreiben um eine Befürwortung durch den Zentralausschuss der SED handelt, gebe ich Euch dieses Schreiben zur Erledigung weiter.

Mit sozialistischem Gruss
(*Ottomar Geschke*)

2 Anlagen

IV.

(Ulbricht 26/6)

Gen. Leuschner²⁰

Bitte veranlasse Deinen Finanzsachverständigen, das beiliegende Schreiben aus Nordhausen zu prüfen, ob ein solches Verfahren, wie es die Genossen vorschlagen, überhaupt möglich ist.

(geseh(en) 5/7.46 Ulbricht)

25.6.1946

/Ulbricht/

V.

Abt. Wirtschaft

(vorläufig ablegen 11/7)

5.7.1946

U/Sch

Notiz für das Sekretariat
des Genossen Walter Ulbricht

In Erledigung des unter dem 25.6. an unsere Abt. weitergereichten Schreibens des Genossen Ottomar Geschke laut Anlagen wurde der beiliegende Brief an den Kreisvorstand Nordhausen der Partei verfaßt. Wir nehmen an, daß der Brief in dieser Form weitergeleitet werden darf.

(Ulbricht)

Anlage

²⁰Leuschner, Bruno - geboren am 12. August 1910. 1931 Eintritt in die KPD. 1933-1936 Leiter des Unterbezirks Wedding bzw. Neukölln, im Juli 1936 Verhaftung, danach bis 1945 in verschiedenen Zuchthäusern und Konzentrationslagern. Ab Herbst 1945 Leiter der Abteilung Wirtschaftspolitik im ZK der KPD; seit März 1948 Stellv. Vorsitzender der Deutschen Wirtschaftskommission (DWK). Mitglied des ZK der SED ab 1950; von 1952-61 Chef der Staatlichen Plankommission; ab 1955 Stellv. Ministerpräsident. 1961 Minister für die Koordinierung volkswirtschaftlicher Grundaufgaben, ab 1962 ständiger Vertreter der DDR im Exekutivkomitee des RGW; gestorben am 10. Februar 1965.

VI.

Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
Zentralsekretariat

Berlin, am 5.7.1946
Prenzlauer Allee 249
U/Sch

An die [sic!]
SED - Kreisvorstand Nordhausen
Organisationsleitung
N o r d h a u s e n
Grimmelallee 36

Betr.: Rückgabe der Spar- und Kantinengelder der ehemaligen politischen
Häftlinge der Mittelwerke, Niedersachswerfen dortig. Schreiben vom
10.5.46 - Zeichen: See/Schm.-

Werte Genossen!

Euer Schreiben vom 10.5.d.J. an den Genossen Ottomar Geschke ist
zuständigkeitshalber an uns geleitet worden, und es ist dazu im einzelnen
folgendes zu sagen:

1. Die Forderungen der ehemaligen Häftlinge (Spar- und
Kantinengelder), die sich nach Eurer Darstellung auf einem Konto bei
der Kreissparkasse vor dem Zeitpunkt des Zusammenbruchs befanden,
sind zufolge der allgemeinen Kontensperre gleichfalls blockiert.
Ausnahmen der gewünschten Art, nämlich bevorzugte Auszahlungen
an ehemalige politische Häftlinge, gibt es nach dem Freigabeerlaß zu
Gunsten der Kleinsparer nicht. Gemäß dem Freigabeerlaß ist
überhaupt für jegliche Auszahlung ohne Ausnahme Vorlage eines
Sparbuches Voraussetzung.
2. Sofern etwa die örtliche Militärkommandantur auf Grund der Befehle
Nr. 124/126 die gesperrten Beträge realisiert haben sollte (dies müßte
nach Eurer Darstellung im Schreiben vom 8.5.d.J. unter Umgehung
der Kontensperre erfolgt sein und wäre eine Maßnahme der örtlichen
Kommandantur, über die Außenstehende naturgemäß nicht zu
entscheiden haben), würde eben diese Kommandantur nun der
Besitzer der genannten Beträge sein, und nur sie könnte darüber
verfügen, so daß nicht einzusehen ist, was der Zentralvorstand hier
befürworten soll.
3. Mit einer ausnahmsweisen Freigabe gesperrter Konten ist nach
bisherigen Erfahrungen in einem solchen Falle nicht zu rechnen. Es
käme ohnehin ja nur die Freigabe nicht des gesamten Betrages von
RM 600000,—, sondern bestenfalls RM 300,— bis RM 400,—je

Häftling in Frage, wobei der Nachweis des Forderungsanspruchs durch den einzelnen Häftling erbracht werden müßte. Hier dürften schon Schwierigkeiten entstehen zufolge Fehlens dieser Nachweise, - nicht allein, weil Sparbücher nicht vorhanden sind, sondern weil der allergrößte Teil der Häftlinge als Forderungsinhaber vermutlich gar nicht mehr wird in Erscheinung treten können.

4. Millionen kleiner Sparer müssen bisher selbst auf den den Kleinsparern grundsätzlich zugestandenem Betrag von RM 300,- verzichten, weil sie ohne ihr Verschulden ein Sparbuch nicht vorweisen können (Umsiedler u.a.), während hier eine Ausnahme gefordert wird bei viel weniger klarem Nachweis. Daß dies zu Gunsten der Partei geschehen soll, verbessert den Vorschlag nicht und ist auch nicht geeignet, um in irgendeiner Form eine solche Forderung bei den maßgeblichen Stellen mit Erfolg vorzutragen.

Unter Berücksichtigung aller sachlichen und politischen Erwägungen sehen wir uns daher außerstande, Euren Vorschlag zu unterstützen.

Mit sozialistischem Gruß!
Zentralsekretariat der SED
Abt. Wirtschaft

Quelle: SAPMO BArch DY 30/VI 2/6.02, Akte 103, Bl. 1-7.

Autoren

Frank Hirschinger

Doktorand, Institut für Geschichte, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Inga Grebe

Doktorandin, Institut für Geschichte, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Matthias Uhl

Doktorand, Institut für Geschichte, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Robert Grünbaum

Dr. phil., Lehrbeauftragter am Lehrstuhl für Politische Wissenschaft, Universität Bayreuth

Hallische Beiträge zur Zeitgeschichte

Herausgeber: Prof. Dr. Hermann-Josef Rupieper
Lehrstuhl für Zeitgeschichte
Institut für Geschichte
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
06099 Halle

Heft 3 / 1997

Hermann-Josef Rupieper (Hg.)
Erinnerungen an die Martin-Luther-Universität 1945 bis 1989.
Eine Diskussion mit Zeitzeugen.

Heft 4 / 1998

Mit Beiträgen von Falk Lange, Matthias Uhl, Holger Zaunstock,
Henrik Eberle und Denise Wesenberg.

Heft 5 / 1998

Mit Beiträgen von Andreas Schmidt, Hermann-Josef Rupieper und Isolde Stark.
Im Gespräch: Günter Mühlpfordt.

Heft 6 / 1999

Mit Beiträgen von Wiebke Janssen, Dietmar Schulze und Alexander Sperk.
Im Gespräch: Santiago Carrillo

Heft 7 / 2000

Mit Beiträgen von Frank Hirschinger, Dr. Robert Grünbaum, Inga Grebe und
Matthias Uhl.

ISSN 1433-7886